

# Buchbinder-Zeitung

**Erscheint Sonntags.**  
Abonnementpreis 1.00 Mark pro Quartal inkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 L.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

**Inserate**  
Pro Zeile 60 Pf. für 40 Zeilen. Stellungsangebote 40 Pf. Besondere Anzeigen 20 Pf. Preisangelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 43.

Berlin, den 21. Oktober 1917.

33. Jahrgang.

## Die nächsten Versammlungen

und Sitzungen müssen den Beitrags- und Unterstützungsfragen gewidmet sein! Vertieft Euch in sie und urteilt nach reiflicher Prüfung sachlich und so, wie es dem allgemeinen Nutzen der Kollegenschaft förderlich ist.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Urabstimmung zur Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Dem Beschlusse der Gauleiterkonferenz vom 7. und 8. Oktober entsprechend, ordnen wir hiermit auf Grund des Paragraph 62 des Verbandsstatuts eine Urabstimmung an zur Entscheidung über die notwendig erscheinende Erhöhung der Verbandsbeiträge und der Unterstützungen.

Den Endtermin für die Abstimmung setzen wir an auf

Sonnabend, den 8. Dezember d. J.

Eine Vorlage für die Urabstimmung wird von uns aufgestellt und nach Durchberatung mit der vom letzten Verbandstag eingesetzten Eskercommission voraussichtlich in der „Buchbinder-Zeitung“ vom 28. Oktober veröffentlicht.

Etwaige weitere Anträge für die Urabstimmung sind spätestens bis zum 10. November an uns einzureichen. Die Veröffentlichung derselben wird dann in der am 18. November erscheinenden „Buchbinder-Zeitung“ erfolgen.

In der Urabstimmung können alle Verbandsmitglieder teilnehmen, die mit ihren Beiträgen nicht mehr wie vier Wochen im Rückstand sind und deren Mitgliedschaft nicht infolge Abmeldung zum Militär oder aus sonstigem Anlaß einstweilen ruht. Die Gau- und Ortsverwaltungen ersuchen wir, für möglichst ausgiebige Besprechung der zur Abstimmung stehenden Angelegenheiten Sorge zu tragen und ihre Vorkehrungen so zu treffen, daß die oben genannten Termine streng eingehalten werden können.

Der Verbandsvorstand.

### Unsere Gauleiterkonferenz.

II.

Man soll nicht erst die Ereignisse an sich heran kommen lassen und dann die notwendigen Maßnahmen treffen, sondern vorausschauend das Kommen zu ergründen und das Vorbereitende und Zweckmäßige möglichst frühzeitig auszuführen suchen. Das ist ein Grundgesetz, der von allen Weitsichtigen und Verbesseren immer mehr und mehr im gesamten öffentlichen Leben betreten wird. Nicht Krankheiten zu heilen, sondern Krankheiten zu verhüten wird als die Hauptaufgabe der heutigen ärztlichen Wissenschaft betrachtet. Das ist dem menschlichen Körper auch viel zuträglicher und zum Nutzen der öffentlichen Gesundheitspflege geeigneter als die umgekehrte Heilweise. Hochtragende Staatsmänner werden in ähnlicher Weise verfahren und ihr hochwertiges Organisationsstalent

an sich aufdrängenden Aufgaben der nächsten und ferneren Zukunft erproben; sie werden nicht erst abwarten, bis die bittere Not zu Notwendigkeiten drängt.

Auch die Gewerkschaftsführer müssen und werden das ihnen anvertraute Amt in solcher Weise aufpassen und verwahren, mögen ihnen auch noch so große Widerstände aus den Mitgliederkreisen zuweilen entgegenstehen, wie es bei allem Neuen und besonders dann eintreten kann, wenn mit den vorgeschlagenen Neuerungen an den Cyberium der Mitglieder höhere Anforderungen als bisher gestellt werden.

Unter diesen Gesichtspunkten trat unsere Gauleiterkonferenz an den zweiten Punkt ihrer Tagesordnung heran, über den der Verbandskassierer Kollege Hauwieser Vortrag hielt. Hierzu lagen genaue, ins einzelne gehende Uebersichten vor über die Beitragsleistungen der einzelnen Beitragsklassen, wieviel von diesen Beiträgen in Anspruch genommen wurde je für Arbeitslosen-, Kranken-, Umzugs-, Notstands-, Unter- und über- und Kriegssteuernerunterstützung; wieviel ferner für Gemahrgeltern- und Streifenunterstützung, für allgemeine Ausgaben bei Lohnbewegungen, für örtliche Ausgaben, für das Verbandsblatt, für allgemeine Verwaltungskosten, für Agitation und für verschiedene Ausgaben. Da nun in den verschiedenen Zeitaläufen, besonders in Kriegs- und Vorkriegszeiten, Einnahmen und Ausgaben sich außerst verschieden gestalteten, so waren die Berechnungen für folgende Zeitabschnitte gesondert aufgestellt und zum Schluß für den ganzen Zeitraum der Abschnitte zusammengefaßt: 1908—1912, 1913 bis 30. Juni 1914, 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1916 — Zusammenfassung: 1908—1916.

Diese Vorarbeit war um so mehr notwendig, weil Beitragsverhöhungen vorgeschlagen wurden, wie sie in unserem Verbands noch niemals gemacht worden sind, die aber durch die ungewöhnliche und wahrscheinlich dauernde Verteuerung der Lebenshaltung bedingt wurden, sofern man bestrebt sein wollte, einigermaßen die Kaufkraft unserer bisherigen Unterstützungen aufrechtzuerhalten, also sie wesentlich zu erhöhen. Wesentliche Erhöhung der Unterstützungen setzt natürlich eine entsprechende Erhöhung der Beiträge voraus. Will man hierzu schreiten, will man zugleich Beiträge und Unterstützungen in Einklang bringen, so kommt man nicht um die zwar nicht angenehme, aber nichtsdestoweniger notwendige Aufgabe herum, ein rechnerisch gesundes Verhältnis zwischen den verschiedenen Beitragsklassen herbeizuführen, bei dem der Beitrag und die verhältnismäßig auf ihn entfallenden Verbandsausgaben tragen. Höchstens kann davon eine Ausnahme in der untersten Beitragsklasse gemacht werden, die zumeist für die jugendlichen und am schlechtesten verdienenden Schichten unserer Kollegenschaft bestimmt ist.

Vom Verbandsvorstand waren drei Berechnungsentwürfe vorgelegt worden, die da veranschaulichten, wie die Beitragsverhöhung bei folgender Beitragsfestsetzung auf die Mehreinnahmen der Verbandskasse in einem Zeitraum wie der vom 1. Januar 1912 bis zum

30. Juni 1914, der als normal anzusprechen ist, wirken würde:

	1	2	3	4	5
in Beitragsklasse	1	2	3	4	5
bisheriger Beitrag	20	25	35	50	65
1. Vorschlag	30	45	60	75	95
2. "	25	35	50	65	85
3. "	25	35	50	60	80

Nach diesen drei Vorschlägen würden an Mehreinnahmen erzielt nach den in obiger Zeitperiode geleisteten Beiträgen:

	männl.	weibl.	zuf.
nach dem 1. Vorschlag	552 885	431 880	984 765
" " 2.	357 509	254 831	612 340
" " 3.	263 817	254 831	518 648

Dierzu wurde in der schriftlichen Begründung erklärt:

„Das wäre an sich eine ganz annehmbare Mehreinnahme, die jedoch auch in dieser Höhe nötig ist, um die erforderlichen höheren Ausgaben befriedigen zu können und auch für die nach dem Kriege sicher zu erwartenden Zeiten erster Lohnkämpfe die erforderlichen Rücklagen sicherstellen zu können. Veranschulichten wir, daß bei den weiblichen Mitgliedern bisher auf jeden geleisteten Beitrag eine Mehrausgabe von 3,08 Pf. entfiel, während bei den männlichen Mitgliedern doch immerhin noch von jedem Beitrag 4,40 Pf. der Verbandskasse verblieben, so ist zunächst von den Mehreinnahmen die Deckung desjenigen Beitrages erforderlich, um die Leistung der weiblichen Mitglieder auf den gleichen Stand wie diejenige der männlichen Mitglieder zu bringen. Dierfür mühten wir für 1785 337 geleistete Beiträge der weiblichen Mitglieder je 7½ Pf. gleich 133 900 Pf. in Ansatz bringen. Weiter sind die erhöhten Verwaltungsausgaben zu berücksichtigen, die zweifellos in sehr hohem Maße zu erwarten sind, so z. B. bei der Agitation durch erhöhte Sitzungsgelder und Diäten, in der Verwaltung durch höhere Gehälter und sonstige Entschädigungen sowie auch durch ganz bedeutend gesteigerte Druck- und Papierpreise, was auch für die „Buchbinder-Zeitung“ mit zutrifft, und besonders auch bei den den Zahlstellen verbleibenden Beitragsanteilen, die schon jetzt allgemein als zu gering bemessen angesehen werden. Für diese Zwecke setzen wir eine höhere Ausgabe von etwa 40 Proz. der durch die Beitragsverhöhung zu erzielenden Mehreinnahmen an. Dann ist von diesen Mehreinnahmen natürlich auch noch die oben veranschlagte höhere Ausgabe für Unterstützungen zu bestreiten, so daß unter Berücksichtigung all dieser Erfordernisse von der veranschlagten höheren Beitragseinnahme als Reserve der Verbandskasse noch verbleiben würde, bei einer Erhöhung der Beiträge

	männl.	weibl.	zuf.
nach dem Vorschlag 1	181 533	108 332	289 865
" " 2	64 307	2 102	66 409
" " 3	8 093	2 102	10 195

Selbst bei dem letzten Vorschlag würde die Mehreinnahme also zur Bestreitung der in Aussicht genommenen höheren Ausgaben ausreichen. Zu beachten

ist jedoch, daß eventuell auch noch weitere Ausdehnung einzelner Unterstützungsarten eine weitere Steigerung der Ausgaben in Aussicht genommen werden könnte. Dann ist auch zu berücksichtigen, daß für die Krankenunterstützung bedeutend höhere Ausgaben wie bisher zu erwarten sind, da infolge der ungenügenden Ernährungsbeträufnisse sicher mit weit mehr Erkrankungen zu rechnen sein wird."

Kollege Hauwieser führte dann des näheren aus, daß die Vorschläge des Verbandsvorstandes nicht als etwas Fertiges und Unabänderliches gedacht seien, sondern von vornherein habe der Verbandsvorstand sich die Sache so gedacht, daß zunächst die Gauleiter zu den Vorschlägen ihre Meinung sagen sollten, daß danach eine vom Verbandsvorstande durchgeprüfte neue Vorlage der auf dem letzten Verbandstage zu ähnlichem Zwecke gewählten Eiferkommission (sic besteht aus 11 Kollegen) zur Beratung unterbreitet werden solle, um in diesem Werdegang die endgültige Gestalt für die Krabstimmung zu gewinnen.

Dem Vortrage Hauwiesers folgte eine ausgiebige allgemeine Aussprache, in der folgende hauptsächlichsten Gesichtspunkte immer wieder in den Vordergrund rückten: Soll die Beitrags-erhöhung, entsprechend dem Antrage Hamburg, in erster Linie dazu dienen, den Mitgliedern höhere Unterstützungen zuzuführen oder der Verbandstafel größere Mittel, um allen an sie herantretenden Möglichkeiten in der Zukunft gewachsen zu sein, soll eine etwaige Beitrags- und Unterstützungs-erhöhung durch einen Verbandstag oder durch Krabstimmung beschlossen werden? Ist jetzt die Zeit zur Vornahme einer Beitrags-erhöhung geeignet? Die Ansichten gingen zum Teil dahin, wie sie beispielsweise in einem Antrage von Berlin zum Ausdruck kamen: die in Aussicht genommene Krabstimmung nur für die Erhöhung der Beiträge nach dem Vorschlage 2 des Verbandsvorstandes vorzunehmen, die Erhöhung der Unterstützungen dagegen dem nächsten Verbandstage zu überlassen. Als Redner erklärten dahingehend ihre Hebrereinstimmung, daß unter allen Umständen auch zur Stärkung der Verbandstafel etwas getan werden müsse, daher nicht bloß die Erhöhung der Unterstützungen für eine etwaige Beitrags-erhöhung maßgebend sein dürfe. Das brauche uns aber nicht an der Zustimmung zu der Grundauffassung des Antrages Hamburg zu hindern, der in erster Linie deswegen eine Beitrags-erhöhung wolle, um den Mitgliedern in Fällen der Arbeitslosigkeit und bei Ausständen den nötigen Nachschuß durch entsprechende Unterstützungen gegen die Verunsicherung des Lohnbruchs zu geben. Unsere Unterstützungsätze seien auf Friedensverhältnisse aufgebaut und für diese schon knapp bemessen, um wie viel mehr für die jetzigen und wahrscheinlich auch künftig zu erwartenden Zeiten außerordentlicher Teuerung. Allgemein wurde die Ansicht laut, daß die jetzige Zeit an sich günstig für Beitrags-erhöhungen sei. Nicht etwa, weil unsere Berufsangehörigen im Zeit schwämmen, sondern weil der niedere Wert des Geldes einerseits und die geringe Kaufkraft eines solchen Betrags andererseits eine Beitrags-erhöhung selbst von 20 Pf. wesentlich nichts ins Gewicht fallen lasse, an der wirtschaftlichen Lage des einzelnen so gut wie nichts ändere, wohl aber eine angemessene Erhöhung der Unterstützung den in Not befindlichen wohlthunend sich bemerkbar machen werde.

Die allgemeine Aussprache wurde durch die gegen eine Stimme erfolgte Annahme des folgenden Antrages Kloth beendet:

"Die Gauleiterkonferenz macht sich den Grundgedanken des Antrages Hamburg zu eigen und spricht sich für eine Neuregelung der Unterstützungs- und Beitragsätze aus."

Danach einigte sich die Konferenz schnell auf den Vorschlag 2 des Verbandsvorstandes, nachdem der Vorschlag 1 abgelehnt worden war. Es sollen somit Beiträge von 25, 35, 50 Pf. für die ersten drei Beitragsklassen und 65 und 85 Pf. für die 4. und 5. Beitragsklasse (ohne Invalidenbeitrag) in Aussicht genommen und dementsprechend die Unterstützungen bemessen werden.

Der Gauleiter von Gau 6/7 vertrat den Antrag Hamburg auf Einberufung eines Verbandstages zur Lösung der Beitrags- und Unterstützungsfragen, wogegen die Mehrheit der Konferenz sich dagegen und für eine Krabstimmung aussprach und entschied. Maßgebend hierfür war die Ansicht, daß eine Krabstimmung schneller zum Ziele führe, so daß man noch bis zum 1. Januar 1918 die erhöhten Beiträge und je-

her auch später die erhöhten Unterstützungen einführen könne. Man habe auch keine Veranlassung, von der bisherigen übereinstimmenden Auffassung vom Verbandsvorstand und Verbandsauschuß abzuweichen, monach während der Kriegszeit sich die Tagung eines Verbandstages nicht empfehle, weil sonst den tüchtigsten unserer männlichen Mitglieder, die bekanntermaßen im Felde stehen, die Möglichkeit des Mitratens und Mitratens genommen würde. Darüber herrschte auf der Konferenz völlige Einmütigkeit, daß nicht zugleich mit den erhöhten Beiträgen die erhöhten Unterstützungen eingeführt werden dürften, weil es unvorteilhaft und ungerechtfertigt verfahren hieße, wollte man nur für einen gezahlten Beitrag höhere Unterstützungen zahlen. Eine gewisse Frist müsse zwischen beiden Einführungen liegen, wie man ja auch den neuereitretenden Mitgliedern erst nach einer gewissen Karenzzeit Unterstützungen gewähre und auch seinerzeit bei Einführung der Krankenunterstützung für männliche Mitglieder und bei der Erhöhung der Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder ein Jahr Karenzzeit angesetzt habe, was durchaus richtig gewesen sei.

Angenommen wurde dann noch ein Antrag Lange-Dresden: die nötige mündliche Belehrung der Mitglieder über die notwendige Neuordnung der Beitragsabgabe und anschließender Unterstützungs-erhöhung soll durch kurzgefaßte Flugblätter unterstützt werden.

Die Eiferkommission besteht nach der Wahl des letzten Verbandstages aus folgenden Kollegen: Pytomski-Berlin, Mar-Berlin (Erfahrungsmann für Würzburger, der im Felde ist), Prudis-Breslau, Müller-Hamburg, Kempe-Hannover (für Kornacker-Hannover), Groenhoff-Eberfeld, Walther-Leipzig, Kohl-Dresden, Gemminger-Stuttgart, und für Frankfurt-München wird wahrscheinlich eine Münchener Kollegin oder ein Kollege in München bestimmt werden.

Unter Verchiedenem beschwerte sich Kollege Wienke-Leipzig darüber, daß der Vorsitzende des Verbandsauschusses, Kollege Bergmann, in den Leipziger Vertrauensmännerversammlungen nicht so sachlich und einwandfrei aufträte, wie man es von ihm erwarten müsse. Er ließe sich zu sehr von der in Leipzig vorherrschenden Strömung der unabhängigen Sozialisten auch in gewerkschaftlichen Dingen treiben, nehme für jene Partei und wahre dabei nicht genügend unsere gewerkschaftlichen Rechte. Bergmanns eigenmächtiger Stellungnahme sei es auch zu bedauern, daß man in den Vertrauensmännerversammlungen manchmal sich so absäffig über die Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ ausspreche, obgleich an deren grundsätzlicher Haltung nichts auszusetzen sei, wenn man hier und da auch scharfe Redewendungen lieber durch andere ersetzt sähe. Bergmann müsse sich in allererster Linie als Vertreter des Gesamtverbandes fühlen und nicht als Leipziger.

Wienke ging dann auf den Fall unseres Kollegen Walther ein, der auf Antrag des „unabhängigen Reichstagsabgeordneten Büffel aus der Propagandakommission der Konsumvereine mit ausdrücklicher Zustimmung des „unabhängigen“ Richters (Angehöriger in der „Leipziger Volkszeitung“) sowie der Konsumvereinsvertreter Sellmann und Krüger, Geschäftsführer bzw. Aufsichtsratsvorsitzender des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz ausgeschlossen worden sei, weil er nicht in der Partei der unabhängigen Sozialisten organisiert sei.

Kollege Bergmann betonte demgegenüber, daß er nicht die grundsätzliche Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ in den Vertrauensmännerversammlungen getadelt habe, sondern deren Schreibweise. Im übrigen verfuhr er das Vorgehen der Unabhängigen gegen die Gewerkschaften in Leipzig aus der politischen Stellungnahme der Gewerkschaftsangehörigen zu erklären, die sich größtenteils dem neugegründeten Verein der alten sozialdemokratischen Partei angeschlossen hätten, der nach Leipziger Begriffen überhaupt kein richtiger Parteiverein, sondern eine gelbe Organisation sei.

Kollege Kloth hätte nicht gewünscht, daß die jüngsten Maßnahmen der Leipziger „unabhängigen“ gegen die Gewerkschaften mit der Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ verquickt worden wären. Der Ausschussvorsitzende müsse aber unter allen Umständen für das Selbstbestimmungsrecht unserer Leipziger Jahrgänge und des Gewerkschaftsrateils darüber eintreten, wenn sie zu Verhandlungen und in gemeinsame Körperschaften entzünden wollen. Vorschriften für die Zu-

gehörigkeit zur unabhängigen Partei seien damit unvereinbar. Daß der Ausschuss aber auch der „Buchbinder-Zeitung“ gegenüber nicht richtig verfuhr, sei dadurch erwiesen, daß er u. a. einmal in einer Beschwerde gegen ihn als Redakteur ein Urteil fällte, ohne ihn vorher gehört zu haben, und das schriftliche Urteil ihm dann erst etwa 14 Tage später zustellte wie den Beschwerdeführern. Des Weiteren habe der Ausschuss im Frühjahr dieses Jahres eine gemeinsame Sitzung mit dem Verbandsvorstand verlangt, um gegebenenfalls ihn seines Amtes zu entheben, wenn er sich nicht dem Ausschuss füge, ohne eine genügende Begründung dafür zu geben. Als aber der Verbandsvorstand eine solche Begründung natürlich verlangte, da sei der Ausschuss ausgewichen und habe weder auf der gemeinsamen Sitzung noch auf der Absetzung des Redakteurs mehr bestanden, trotzdem letzterer ihn in einem scharf gehaltenen Brief zur Angabe von Gründen für sein ganz ungewöhnliches Verhalten aufgefordert und ihm Anreize vorgeworfen habe.

Kollege Prudis gibt dem Kollegen Bergmann auch zu bedenken, daß es eine mißliche Sache sei, wenn er als Ausschussvorsitzender in den Leipziger Vertrauensmännerversammlungen fortgesetzt gegen die „Buchbinder-Zeitung“ absäffig spreche und zugleich als unparteiischer Richter in Beschwerdefällen gegen sie zu urteilen hätte.

Ähnlich wie Bergmann versuchte die Kollegin Thiel das Vorgehen der Leipziger Unabhängigen begründlich und entschuldigbar darzustellen. Beide fanden aber keinen Anklang bei den Konferenzteilnehmern, was durch die Annahme der folgenden Entscheidung kundtun wurde, die in ihrem ersten und dritten Absatz einstimmig (also auch der Ausschussvorsitzende stimmte nicht dagegen) und im zweiten Absatz gegen 3 Stimmen angenommen wurde:

„Die Gauleiterkonferenz des Buchbinderverbandes erklärt alle Beschlüsse, die darauf hinauslaufen, die Gewerkschaftsmitglieder zu zwingen, in einer bestimmten politischen Partei organisiert zu sein, wenn sie zu Verhandlungen und als Mitglieder bestimmter Körperschaften als würdig befunden werden sollen, als der Ueberzeugungsfreiheit zuwiderlaufend und als Ausschluß politischer Unzulässigkeit.“

Von diesen Grundätzen ausgehend, beurteilt sie auch die Ausschließung des Kollegen Walther aus der Leipziger Propagandakommission der Konsumvereine durch die unabhängigen Sozialisten und Konsumvereinsvertreter und erwartet, daß unsere Leipziger Mitglieder sich gegen eine solche Vergeßlichkeit der politischen Meinungsfreiheit und des gewerkschaftlichen Rechts wenden.

Vom Verbandsvorstand erwartet die Gauleiterkonferenz geeignete Schritte, um die politische Freiheit und das gewerkschaftliche Recht aller unserer Mitglieder zu wahren.“

Nachdem noch eine Aussprache über die Neuregelung der Teuerungszulagen der Verbandangehörigen stattgefunden und noch einige weniger wichtige Dinge besprochen worden waren, wurde die Konferenz am Montagabend gegen 8 Uhr geschlossen.

Kollege ihre Vorarbeiten zur Erhöhung der tariflichen Löhne und zum Ausbau unseres Beitrags- und Unterstützungswezens die nötige Beachtung und nachsichernde Mitarbeit unter der Kollegenchaft finden.

**Internationale Gewerkschaftskonferenz.**

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz ist eine Kumpffonferenz wie die in Stockholm geblieben, da die Engländer und Belgier die Beschlüsse ablehnten und die Franzosen und Italiener keine Rolle ausgestellt bekamen. Die Konferenz wurde am Montag, den 1. Oktober, vormittags, eröffnet. Eröffneten waren aus Deutschland von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Legien, Bauer, Essenhach und 8 Vertreter einzelner Gewerkschaften, aus Dänemark drei Vertreter unter Führung von Madßen, aus Schweden fünf mit dem Führer Lindquist, aus Oesterreich sechs mit Hauber, aus Ungarn zwei, aus Norwegen zwei, aus Holland neun mit Lindgeest.

Obwohl die Internationale Gewerkschaftskonferenz sich nur mit rein gewerkschaftlichen Fragen befaßte und politische Erörterungen beiseite lassen wollte, gab der Abgabebrief des britischen Gewerkschaftsvertreters zu einer politischen Erörterung Anlaß. Die englischen Gewerkschaften lehnen in diesem Schreiben ab, mit den Deutschen zu verhandeln, solange die deutschen Armeen noch im besetzten Gebiet stehen; ferner weil Deutschland den Krieg zu Erö-

rangszwecken begonnen und das Haager Abkommen durch den Unterseebootskrieg, Versenkungen von Hospitalsschiffen und durch andere Grausamkeiten verlegt habe.

Vauer, Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, wies die englischen Vorwürfe energisch zurück. Deutschland führe noch heute Krieg, nicht um Eroberungen willen, sondern zur Verteidigung seines Bodens. Ein Frieden ohne Annexionen und Vergewaltigungen könne jederzeit geschlossen werden, wenn die Entente auch auf Vergewaltigungen verzichten wolle. Das tue sie aber nicht und würde darin bis jetzt leider noch von den Sozialisten der Ententestaaten unterstützt. Vauer bezeichnete es als unsozialistisch, ein einzelnes Volk für den Krieg verantwortlich machen zu wollen. Ebenso sinnlos sei der den Deutschen gemachte Vorwurf der Grausamkeit. Der Krieg selbst sei grausam, man brauche nur an Englands Vorgehen in Indien und Transvaal, sowie an den Daralung-Fall zu erinnern, um sich darüber klar zu werden, daß England keinen Anlaß habe, sich über die Grausamkeiten von anderen zu beklagen. Der Bunkerrieg Englands gegen deutsche Frauen und Kinder sei die erste und schwerste Verletzung der Haager Konvention in diesem Kriege. Die Verewaltigung der Ententeeregierungen nannte Vauer eine Sklaverei, die sich die deutschen Sozialisten nicht hätten gefallen lassen. Die deutschen Gewerkschaften müßten es ablehnen, etwa die militärische Verteidigungskraft Deutschlands zu lähmen, während die Ententejohzialisten die Eroberungssucht ihrer chauvinistischen Regierungen unterstützen.

Die Konferenz legte in folgender Entschließung ihre Ansichten über das Schreiben der Engländer nieder:

Die Internationale Konferenz bedauert sehr, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht wurde, in Bern zu erscheinen. Sie nimmt Kenntnis von dem Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale, durch welches diese das Fernbleiben ihrer Vertreter begründet. Die Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz erscheint ihr unverständlich, weil sie im Widerspruch steht mit den Bundesbestrebungen und den Zielen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Konferenz betrachtet sich nicht als zuständig, über die Frage der Wirtschaft der Völker und ihrer Regierungen am Kriege und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen und geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschaften zur Tagesordnung über, indem sie dem heißen Wunsch Ausdruck gibt, es möchten in allen Ländern die Führer und Kämpfer des organisierten Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß hinarbeiten.

Der schwedische Delegierte Lindquist hatte namens der gesamten skandinavischen Delegation die Resolution empfohlen, hätte aber gewünscht, daß das Mißvergnügen der Konferenz über das Fernbleiben der Engländer und Amerikaner scharfer zum Ausdruck gelang wäre.

In einer lebhaften Erörterung kam es bei der Behandlung der Frage der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Berlin nach einem neutralen Lande. Die Schweizerischen Delegierten hatten den von den Franzosen ausgedrückten Wunsch nach Verlegung des Sitzes zu dem übrigen gemacht. Die Schweizer drückten ihre Befürchtungen aus, daß im Falle eines Scheiterns des Sitzes in Berlin eine Spaltung in der internationalen Gewerkschaftsorganisation eintreten könnte. Die Kommission, die diese Fragen prüfte, schlug dagegen folgende von dem Dänen Hansen begründete Fassung vor:

Die Konferenz lehnt die Frage einer Sitzverlegung grundsätzlich nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit des ursprünglichen Antragstellers selbst veranlassen jedoch die Konferenz, die Beschlußfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen. Um aber die internationale Verbindung unter den dem Bund angegeschlossen Landesorganisationen aufrechtzuerhalten, beauftragt die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam und beauftragt sie, ihre bisherige Vermittlungsarbeit fortzusetzen und auszubauen. Die Konferenz erwartet weiter, daß die Landesorganisationen alles daransetzen, daß die heute noch vorherrschenden Differenzen, die nur durch den Krieg entstanden sind, sobald als möglich beseitigt werden und Einigkeit herbeigeführt wird.

In der Erörterung über diese Resolution erklärte unter anderem der Holländer Jimmen, die Engländer und Amerikaner würden auch dann nicht kommen, wenn der Sitz in ein neutrales Land verlegt sein würde, sie hätten schon immer eine nur sehr bedingte Zugehörigkeit zur Internationale gezeigt, dagegen habe Joughaux, der Führer der französischen Gewerkschafter, sich bereit erklärt, an einem Gewer-

schaftskongreß teilzunehmen, ohne die Schuldfolge zu erörtern und sich lediglich auf die eigentlichen Gewerkschaftsfragen zu beschränken. Die Verlegung des Sitzes würde einem Mißtrauensvotum gegenüber den Deutschen gleichkommen, da sie mit der Leitung seitens der Deutschen vollständig zufrieden seien. Der schweizerische Nationalrat Greulich erklärte, er könne die Haltung der deutschen Gewerkschaften ihrer Regierung gegenüber nicht verstehen, man müsse auf die Mentalität der Ententegewerkschaften Rücksicht nehmen, die nur einmal das Vorgehen Deutschlands gegen Belgien nicht verschmerzen können. Die Deutschen sollten freiwillig auf die Geschäftsführung verzichten und der jetzigen Zweigstelle in Amsterdam die provisorische Leitung übertragen, bis ein neuer Kongreß die Frage endgültig regeln werde. Vren wandte sich energisch gegen Greulich, dem er vorwarf, daß er die Gegenläufe verhärtete, statt daß er helfe sie zu mildern. Wenn Greulich behauptete, die deutschen Sozialisten hätten ihren Standpunkt in der Vertretung der Interessen der Arbeiterchaft gegenüber der Regierung während des Krieges geändert, so brauche er sich nur an die deutsche Regierung zu wenden, um zu erfahren, daß dies falsch ist. Die deutschen Gewerkschaften hätten immer wieder ihren Klassengegnern in den Entente-ländern die Hand entgegenstreckt, diese hätten nicht nur darauf gebaut, sondern sogar gespukt. Die Geduld der deutschen Arbeiter habe auch einmal ein Ende. Der Cesterreicher Hueber wies darauf hin, daß, obwohl in Stockholm Branting und andere einseitigfreundliche Sozialisten die Vorbereitung zur Konferenz in der Hand gehabt hätten, die Ententevertreter doch nicht gekommen seien, wohl aber seien Scheidemann erschienen.

Bei der Abstimmung wurde die Entschließung der Kommission mit allen Stimmen gegen die der Schweizer angenommen.

Nach einem Referat Janssens vom „Correspondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften“ nahm die Konferenz Stellung zu den Forderungen der Gewerkschaften für die zukünftigen Friedensverträge. Danach sollen in dem Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechts und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Konferenz hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird, für den geeignetsten Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform. Sie stellte in dieser Frage eine Reihe von Leitlinien auf. Die internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz in Basel ist im Friedensvertrag ausdrücklich als Organ zur Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen, das von ihr unterhaltene Internationale Arbeitsamt hat alles sozialpolitische Material zu sammeln und in den drei Hauptsprachen herauszugeben. Der Berichterstatter Janssen bezeichnete die Forderungen als Mindestmaß, denn alle kriegführenden Länder hätten so ungeheure Verluste an Volkskraft erlitten, daß mit der verbleibenden weisse Hausgehalten werden müsse; diesigenen Völker würden am schnellsten gefunden, die die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Krieg am tiefsten erkennen und weitgehende Reformen am schnellsten durchzuführen werden. Diese Leistunge wurden von dem Kongreß einstimmig angenommen. Die Konferenz erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Festsetzung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.

Mit der Annahme dieser Resolution waren die Geschäfte der Konferenz beendet. Präsident Schneeberger stellte fest, daß die Konferenz nützliche Arbeit geleistet hat; wenn es auch nicht gelungen sei, vorläufig wieder die ganze Internationale zusammenzuführen, sei doch ein Schritt auf diesem Wege gemacht worden, so daß in absehbarer Zeit eine vollständige Vereinigung erzielt werden könne.

Legien gab hierauf folgende Erklärung ab: „Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sitzverlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der Internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zueinander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.“

Die Konferenz beschloß sodann einstimmig, folgendes Telegramm an die italienischen und französischen Gewerkschaften abzugeben:

„Sämtliche Delegierten der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Landeszentralen ihren brüderlichen Gruß. Sie sprechen besonders den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die Internationale Konferenz zu bescheiden und geben der Hoffnung Ausdruck, daß Vertreter der französischen und italienischen Landeszentralen an der nächstfolgenden Internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes dann zur Behandlung und Erledigung komme und der Internationale Gewerkschaftsbund machtvoller als je im Interesse der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann.“

Nachdem Legien den Schweizern für ihr Bemühen, eine Verständigung aller Landeszentralen herbeizuführen, gedankt hatte, schloß Präsident Schneeberger die Konferenz.

### Die Gewerkschafter im Großen Hauptquartier.

I. K. Von dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften wird uns mitgeteilt:

In den letzten Wochen wurden von mehreren stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen, die geeignet sind, die gewerkschaftliche Organisation einzuschränken und zum Teil völlig lahmzulegen. Diese Verordnungen gaben Veranlassung zu einer Eingabe an den Reichsfinanzler zu Verhandlungen mit ihm und zu der Interpellation, die am 10. und 11. Oktober im Reichstage verhandelt worden ist.

Da seitens der Obersten Heeresleitung immer wieder darauf gedrängt worden ist, die Produktion für den Heeresbedarf in Deutschland zu erhöhen, während diese Verordnungen geeignet sind, die Produktivität einzuschränken, so hielten die Gewerkschaften es für zweckmäßig, ihre Bedenken gegen solche Maßnahmen der stellvertretenden Generalkommandos dem Großen Hauptquartier vorzulegen.

Nachdem Vertreter der Christlichen und Ditsch-Länderischen Gewerkschaften zur Besprechung der gleichen Angelegenheiten im Großen Hauptquartier empfangen worden sind, haben am 12. Oktober die beiden Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Legien und Bauer, gleichfalls die Reichsverbände der Gewerkschaftsorganisationen im Großen Hauptquartier vorgetragen.

Nach einem kurzen Begrüßungsempfang durch den Generalfeldmarschall v. Hindenburg fand eine lange Verhandlung mit dem Generalquartiermeister Ludendorff statt. In dieser sind von den Gewerkschaftsvertretern in sachlicher Weise die Bedenken gegen die Verordnungen vorgetragen, und ist auf die Rückwirkungen, die sie auf die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft ausüben müssen, aufmerksam gemacht worden. Auf die Bemerkung, daß diese Verordnungen auf die Einwirkung des Großen Hauptquartiers zurückzuführen seien, erklärte Erzfeldzeug Ludendorff, daß dieses durchaus nicht der Fall sei. Im Gegenteil, das Große Hauptquartier anerkenne die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen und habe den Wunsch, daß deren Arbeit ungehindert fortgesetzt wird. Auf der anderen Seite aber müsse man auch von der Arbeiterschaft erwarten, daß sie die schwere Zeit, die Deutschland in seiner Verteidigung gegenwärtig durchzumachen hat, zu würdigen verstehe und ihrerseits alles tue, um das, was das Heer braucht, mit Einsatz aller Kräfte herzustellen.

Die Verhandlungen dürften den Erfolg haben, daß eine baldige Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiterschaft herbeigeführt wird. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiterschaft auch dann, wenn sie Anlaß hat, durch Arbeitseinstellung den Widerstand und das unsoziale Verhalten der Unternehmer zu überwinden, keine unüberlegten Schritte tut, sondern zunächst die Mithilfe der Gewerkschaften und der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Instanzen in Anspruch nimmt. Jede Unterbrechung der Arbeitstätigkeit in der Rüstungsindustrie ist geeignet, die Widerstandskraft unserer an den Fronten lebenden Söhne und Brüder zu vermindern.

### Aus unserem Beruf.

Unsere Leipziger Vertrauenspersonen zu den Maßnahmen der „Unabhängigen“ gegen die Gewerkschaften. Nach einem Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Kloth über: „Der Krieg und die Gewerkschaften“ am 9. Oktober nahmen unsere Leipziger Vertrauenspersonen auch zu dem Ausschluß des Kollegen Walthers aus der Propagandakommission für Konsumvereine durch folgende Resolution Stellung: „Die heute am 9. Oktober tagende zahlreich besuchte Vertrauensmännerversammlung mißbilligt den Beschluß der Propagandakommission in Sachen des Ausschlußes des Kollegen Walthers.“

Die Versammelten erwarten, daß das Gewerkschaftsamt seinen ganzen Einfluß aufbietet, um diesen Beschluß der Propagandakommission wieder rückgängig zu machen.“

Höchstes Bestreben muß es erwecken, daß der Vorsitzende unseres Verbandsausschusses, Kollege Bergmann, sowie die Delegierten zum Gewerkschaftsamt, Kollegin Kbiel, gegen die Annahme der Resolution sprachen, obgleich beide der Gauleiterkonferenz beigewohnt hatten und deren bezüglichen Beschluß kannten.

#### Verordnung über Papier, Karton und Pappe.

Auf geschehene Anfrage bei der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe hat diese folgende Auskunft gegeben: Linierte und karierte Papiere gelten nicht als bedruckt, sondern als vorbearbeitet und sind meldepflichtig.

Im übrigen sind Drucksachen, Schachteln, Briefhüllen, Papierausstattungen und Tüten nicht in das Gebiet der in Rede stehenden Verordnung fallend, wohl aber Pappen, Tütenpapiere, Schachtel- und Tütenzuschneide. Kleinhändler sind von der betreffenden Verordnung betroffen und haben ihre Vorräte anzumelden, wenn ihre Bezüge mehr als 1000 Kilogramm jährlich betragen.

Die Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 v. S. Dividende vor (im Vorjahr 6 v. S.).

Hieraus, wie aus anderen Dividendenfestsetzungen und -erhöhungen ist ersichtlich, daß die Betriebe unseres Berufs und verwandter Berufe von den gewährten Steuerungsulagen nicht so hoch betroffen wurden, als es oftmals von unseren Unternehmern uns vorgemacht wurde, sondern daß sie in vielen Fällen, trotz der nicht abzuleugnenden Kriegsschwierigkeiten noch recht ansehnliche, ja sogar höhere Heberhöhen als früher erzielen konnten. Man erzählt solches freilich gewöhnlich nur von Aktiengesellschaften, die zur Veröffentlichung ihrer Jahresabrechnungen gezwungen verurteilt sind, allein es wird wohl diese Erscheinung auch auf manche Privatbetriebe zutreffen. Die Aufrechterhaltung der menschlichen Arbeitskraft ist eine Vorbedingung der gewerblichen Erzeugung, deshalb muß man sie durch entsprechende Steuerungsulagen über die schlimmste und teure Kriegszeit hinweghelfen.

#### Rundschau.

DWA. Wohnungsreformumgebung. Eine große Rundgebung zugunsten der Wohnungsreform wird der Deutsche Wohnungsausschuß, in dem fast sämtliche einschlägigen großen Zentralorganisationen Deutschlands vertreten sind, am 30. Oktober in Berlin veranstalten. Die drohende Gestaltung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt, die Verzögerung der preussischen Wohnungsgesetzgebung und die dringende Notwendigkeit, in der Wohnungsfrage nunmehr zu größeren Ergebnissen zu kommen, machen eine stärkere Beschäftigung der Öffentlichkeit mit diesen Dingen erforderlich. In der Rundgebung soll insbesondere für eine Reihe wichtiger positiver Wohnungsreformmaßnahmen, sowie für das baldige Zustandekommen der eben erwähnten Gesetzgebung eingetreten werden. Nähere Auskunft erteilt der oben genannte Ausschuß: Berlin-Schöneberg, Neue Steinmehlestr. 4.

Hohe Gehilfenlöhne das beste Mittel gegen Lehrlingsmangel. Herr Dr. Alfred Heller, Inhaber einer Druckerei in München, der seinen Dokortitel durch eine Dissertation über das deutsche Buchdruckgewerbe erworben hat, schrieb jüngst in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, dem Unternehmerblatt der Buchdrucker:

„Was aber in einer Zukunft nach dem Kriege dem Lehrlingsmangel und gar bald auch dem Gehilfenmangel am gründlichsten abhelfen wird, das sind — die hohen Löhne, in die wir mehr und mehr hineingeraten.“

Die hohen Löhne, die ja bereits auf dem Marsche sind, werden es desto unwirtschaftlicher erscheinen lassen, untüchtige Elemente mitzuschleppen; sie wirken in normalen Zeiten von selbst auswählend, leistungsverbessernd.“

Wir fügen dem ergänzend hinzu: Hohe Lehrlingslöhne werden die gleiche Wirkung für das Heranziehen unseres beruflichen Nachwuchses bewirken wie hohe Gehilfenlöhne.

#### Abrechnungen

vom 3. Quartal 1917 gingen bis zum 15. Oktober bei der Verbandskasse ein: Von Ludenwalde mit 600 Mk., Tüfit — Mk., Gau 4 2200 Mk., Halberstadt 95,07 Mk., Gau 6/7 — Mk., Hamburg-Altona 1200 Mk., Müstringen-Wilhelmshaven 60,66 Mk., Eisenberg 500 Mk., Halle — Mk., Langensalza 30 Mk., Schleich 223,46 Mk., Sonneberg 160 Mk., Weimar 15,59 Mk., Aachen — Mk., Hagen — Mk., Solingen-Wald — Mk., Saarbrücken 23,41 Mk., Altenburg — Mk., Gönitz — Mk., Grimma — Mk., Flauen — Mk., Würzen — Mk., Erlangen 250 Mk., Schweinfurt 30 Mk., Würzburg 100 Mk.

G. Hauelsen.

#### Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.  
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Lahr in P. B. u. K. A. Bohnert, Bismarckstraße 21.

#### Literarisches.

„Sozialistische Monatshefte“, Herausgeber Dr. J. Bloch, 1917, Heft 20 und 21 ist besonders reichhaltig ausgefallen und enthält u. a. folgende Beiträge von Dr. Hugo Lindemann, Die nächsten Aufgaben der Partei; Max Schippel, Die Wirtschaftspolitik beim Kriegsausgang; Max Cohen, Der Reichstag und die öffentlichen Fragen; Dr. Ludwig Lucifel, Auflands agrarsozialistische Mission; Hermann Stranold, Produktionspolitik; Paul Müller, Wirtschaftsimperium und Seegeltung; Hugo Kochlich, Die deutsche Sozialdemokratie und der Parlamentarismus; Heinrich Reus, Die Beamten und die Politik; Theodor Wagner, Frauenarbeit im Bergbau; Elisabeth Siwert, Der Turm. Preis des Doppelheftes 1,20 Mk.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Varus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 27 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Leusch, W. d. N.: Der Glaube an Deutschland. Dr. Adolf Koester: Was soll aus Aurland und Litauen werden? Emil Kloth: Stichproben aus unserer auswärtigen Politik. Martin Hirschfeld: Der Neoplatoniker, Wilhelm Sollmann: Vom Exzerzierplatz zum Landheim. Georg Meyer: Balltraf der Kellere. Heinrich Leisch: Fabrikmädchen. Glossen. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.



## Anzeigen

Für die mir so zahlreich zugegangenen Glückwünsche und Anerkennungen anlässlich meines 50 jährigen Berufs Jubiläums sage ich allen, insbesondere der Geschäftsleitung, den Angestellten, den Kollegen und Mitarbeiterinnen sowie dem Verbandsvorstande, Ausschuß, Gauleiterkonferenz, Tarifamt, Tarifkommission des Buchbinderverbandes und dem Vorstand der Zentralfrankenkasse der Buchbinder meinen herzlichsten Dank.  
**Paul Schneider,**  
im Hause P. Singer & Co.,  
Vorwärts-Buchdruckerei.

Als Opfer des Weltkrieges verstarb an seiner im Felde erhaltenen Verwundung am 11. Oktober 1917 im Lazarett unser treuer Kollege und Mitarbeiter

#### Karl Muffky.

Sein ruhiges und verträgliches Wesen wird uns lange in Erinnerung bleiben. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.  
Möge ihm die fremde Erde leicht sein!  
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma  
**August Frydrychowicz, G. m. b. H.**

### Papierbuchstaben

gestanzt oder geschnitten, zum Platanfertigen, in allen Größen wünscht Einförmigkeit von Preisofferten und Muster

**Ernst Bopp, Buchstaben-Fabrikation, Zürich (Schweiz), Selnaustr. 31.**

**Einlegerer oder Einlegererin**  
sowie gewandte **Einlegerin**  
sucht

**Emil Jagert, Berlin SW. 68,**  
Reuenburger Straße 14 a.

### Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser

für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Julius Hager, Großbuchbinderei,**  
Leipzig, Breitkopffstr. 9.

**Bindfaden**  
Bersaf für Post- und Bahnversand.  
Probe 5 kg. gegen Nachnahme.  
Lieferung nur an Selbstverbraucher.  
**Willy Rendsburg, Kiel 26.**

Gewähr für Ia. Qualität durch beste Aufnahme in der gesamten Industrie.

## Sixtia-Klebstoff

für **jeden Zweck**

Qualität I Mk. 100,— 0/0 kg, extra Mk. 150,— 0/0 kg.  
Lieferbar in Blechkannen zu: 1, 2, 5, 10, 20, 25 u. 50 kg  
und in Fässern zu 200 kg.  
Einzelne Probekannen unter 25 kg mit 20% Aufschlag.

### Großabnehmer Vorzugspreise.

**Cäsar Beckmann, Hamburg 13**  
Postscheck: Hamburg 14181.  
Telegraph-Adresse: Siegelzentrale Hamburg.